

«Frankreich wird daraus lernen»

ZÜRICH. Der Vergleich, den die Bank Julius Bär mit den deutschen Steuerbehörden abgeschlossen hat, dürfte nicht der letzte seiner Art gewesen sein. Das sagt Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern.

INTERVIEW: RETO WÄCKERLI

Die Bank Bär kauft sich mit 50 Millionen Euro frei. Überrascht Sie das?

Peter V. Kunz: Mich überrascht nur, dass so viele Leute überrascht sind! Es ist grundsätzlich keine Überraschung, dass die Bank Bär – und künftig wohl auch andere Banken – einen solchen Deal gesucht hat. Denn es ist für jede Bank sehr schlecht, wenn sie mit negativen Schlagzeilen in den Medien



ist. Jedes Verfahren, das öffentlich wird, ist ein Problem. Dieser Vergleich ist somit auch kein Schuldeingeständnis der Bank. Es ist vielmehr der Versuch, eine unangenehme

Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Und diese unangenehme Angelegenheit ist der Vorwurf, die Bank Bär oder ihre Mitarbeiter hätten in den Niederlassungen in Deutschland deutschen Kunden beim Hinterziehen von Steuern geholfen.

Sind 50 Millionen Euro viel oder wenig, um das Problem zu beseitigen?

Das ist schwierig zu sagen, weil niemand genau weiss, um welche angeblichen Deliktsummen es geht – vermutlich auch die Bank Julius Bär nicht. 50 Millionen sind aber ein ansehnlicher Betrag für ein Finanzinstitut von der Grösse der Bank Bär.

Sind solche Deals nicht auch schädlich für die Reputation einer Bank?

Nein, heute nicht mehr! Die Hauptsache ist für die Bank, dass das Problem vom Tisch ist. Die Bank Bär hat mit dem Vergleich mit einem Schlag zwei Fliegen erwischt: Zum einen wird das Verfahren gegen sie als Unternehmen eingestellt; zum anderen sind auch ihre Angestellten, die persönlich hätten in Strafverfahren verwickelt werden können, aus dem Schneider.

Rechnen Sie mit weiteren Deals in Deutschland?

Es würde mich nicht überraschen, wenn auch andere Banken solche Vergleiche abschliessen wollten. Durch den Bank-Bär-Vergleich dürfte der Druck eher grösser werden. Im Gespräch ist derzeit vor allem die Credit Suisse, gegen die anscheinend eben-

falls wegen der Beihilfe zur Steuerhinterziehung ermittelt wird. Aber jede Bank, die unter Druck gerät, wird einen Vergleich abschliessen wollen – wie schon die UBS in den USA.

Welche Schweizer Banken sind denn neben der Grossbank Credit Suisse noch in Gefahr?

Von den knapp über 300 Banken, die es in der Schweiz gibt, sind nur relativ wenige im Fokus – nämlich nur jene, die mit Filialen im Ausland tätig sind. Die meisten Schweizer Banken sind aber ausschliesslich in der Schweiz aktiv; diese sind weniger erpressbar. Die Bank Bär will aber im Ausland mit eigenen Filialen wachsen, insbesondere in Deutschland.

Erwarten Sie in anderen Ländern ähnliche Deals?

Ich wäre überrascht, wenn in Zukunft nicht ähnliche Vergleiche zwischen Schweizer Banken und Frankreich sowie Italien abgeschlossen würden – allenfalls auch mit Grossbritannien. Die Behörden aus diesen Ländern werden ihre Schlüsse aus den Deals in den USA und nun Deutschland ziehen.

Und dann geht es in Asien und Südamerika weiter?

Das denke ich nicht. Diese Länder sind auch darauf angewiesen, dass ausländische Banken bei ihnen tätig sind. Deshalb werden sie sich solche Schritte zweimal überlegen und Auslandsbanken schonender behandeln als in den USA und in Deutschland, wo «Heimatschutz» betrieben wird.

Haben diese Deals Folgen auf die Verhandlungen, welche die Schweiz mit diversen Staaten zum Thema Steuerhinterziehung führt?

Das ist schwierig zu sagen. Dass der Deal der Bank Bär mit Deutschland zustande gekommen ist, zeigt aber, dass die Bank nicht daran glaubte, durch die Verhandlungslösung der Politik geschützt zu werden. Sie rechnete also nicht damit, dass eine umfassende Einigung gefunden werden kann – die auch die Vergangenheit und ausländische Filialen abdeckt. Bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland geht es vor allem um Geld, das bei Schweizer Banken in der Schweiz liegt. Die Filialen in Deutschland stehen nicht im Zentrum.



Der Deal ist laut dem Experten für die Bank Bär sinnvoll. Er sieht ihn aber nicht als Befreiungsschlag. Bild: key

Verhandlungen mit Berlin laufen normal weiter

Das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen reagiert betont gelassen auf die Einigung zwischen der Bank Julius Bär und Deutschland. Das mag einmal daran liegen, dass die Bank laut eigenen Angaben keine Kundendaten offengelegt hat respektive gemäss der Einigung keine offenlegen muss. Damit kommt sie anders als die UBS bei ihrem Deal mit den US-Behörden nicht mit dem Bankgeheimnis in Konflikt.

Zudem hat der Fall laut dem Staatssekretariat keinen Einfluss auf die laufenden Verhandlungen mit Deutschland und Grossbritannien.

Diese haben Ende Januar begonnen und sollen noch in diesem Frühjahr abgeschlossen werden. Ziel der Schweiz ist es, den beiden Staaten die Abgeltungssteuer als Alternative zum von der EU verlangten automatischen Informationsaustausch von Bankkundendaten schmackhaft zu machen. Dank der Abgeltungssteuer würden Deutsche und Briten mit Vermögen bei Schweizer Banken automatisch Steuern zahlen, aber anonym bleiben. Damit wäre der Rest des Bankgeheimnisses gerettet.

Heftiger als die Verwaltung reagieren Parlamentarier. Links wie rechts

fühlt man sich bestätigt. «Das Verhalten der Bank ist ein Eingeständnis, es wurde offensichtlich unversteuertes Geld angenommen», sagt die SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Der Schweizer Bankenplatz müsse endlich sauber werden. Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala ärgert sich, dass die Bank mit gestohlenen Daten in die Knie gezwungen wurde. «Der Bundesrat hätte Deutschland wegen des Datenklau wie von mir gefordert einklagen sollen.» Denn nun bestehe die Gefahr, dass weitere Banken unter Druck gerieten. (mbr)

Pauschalsteuer für Ausländer bleibt

BERN. Reiche Ausländer können in der Schweiz weiterhin pauschal besteuert werden. Nach dem Ständerat hat es auch der Nationalrat abgelehnt, die Pauschalbesteuerung abzuschaffen.

Der Nationalrat sprach sich gestern mit 92 zu 61 Stimmen bei einer Enthaltung gegen eine Standesinitiative aus St.Gallen zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung aus. Der Kanton hatte auf Vorschlag der CVP-Fraktion eine Gleichbehandlung der Steuerzahler gefordert. Auch von strengeren Kriterien für die Pauschalbesteuerung wollte der Nationalrat nichts wissen: Einen Vorstoss aus den Reihen der SP lehnte er mit 89 zu 65 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (Bild) hatte gefordert, dass nur noch Ausländer pauschal besteuert werden, die weder im In- noch im Ausland ein Erwerbseinkommen haben. Die Lin-

ke monierte vergeblich, die Pauschalbesteuerung sei ungerecht und verfassungswidrig, weil sie das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verletze. Der Autorenfahrer Michael Schumacher bezahle Schätzungen zufolge etwa 10 Prozent der Steuern, die er zahlen



müsste, kritisierte Leutenegger Oberholzer.

Hildegard Fässler (SP/SG) gab zu bedenken, die Pauschalbesteuerung sei auch für die einheimischen Gutverdienenden eine «krasse Benachteiligung». Zudem trieben die Pauschalbesteuerten die Boden- und Wohnungspreise in die Höhe. Für Hans-Jürg Fehr (SP/SH) gibt es schlicht keinen Grund, warum reiche Ausländer weniger Steuern zahlen sollten als reiche Schweizer.

Die Mehrheit im Rat vertrat jedoch die Auffassung, die Pauschalbesteuerung bringe der Schweiz Vorteile. Die

Vertreter der bürgerlichen Parteien warnten vor einem Wegzug der reichen Ausländer im Falle der Abschaffung. Dies hätte einen erheblichen Steuerverlust zur Folge, gab Georges Theiler (FDP/LU) zu bedenken.

Wandfluh: «Neidgesellschaft»

Hansruedi Wandfluh (SVP/BE) sprach von einer «Neidgesellschaft» und einem «Frontalangriff auf die Tourismusregionen», welche auf die reichen Ausländer angewiesen seien. Seit der Kanton Zürich die Pauschalbesteuerung abgeschafft habe, hätten von 201 Pauschalbesteuerten 92 Zürich verlassen. Die Pauschalbesteuerten zahlten eine halbe Milliarde Franken Steuern im Jahr und generierten Arbeitsplätze. Das Einstehen für die Pauschalbesteuerung brachte der SVP von linker Seite den Vorwurf ein, widersprüchlich zu politisieren. Auf der einen Seite wolle die SVP die Zuwanderung stoppen, und auf der anderen wolle sie mit Steuerprivilegien reiche Ausländer anlocken. (sda)

IN KÜRZE

Kantone verschätzten sich

BERN. Sie haben schwarz gemalt, doch nun schreiben sie schwarze Zahlen: Nur 5 Kantone fuhren 2010 einen Verlust ein – die anderen 21 machten einen Gewinn von insgesamt 2,17 Milliarden Franken. Alle Kantone zusammen haben sich damit um 3,3 Milliarden verschätzt, wie Berechnungen der Schweizerischen Depeschagentur zeigen. Trotzdem sind die Prognosen für 2012 düster. Christian Wanner, Präsident der kantonalen Finanzdirektoren schätzt das Jahr 2011 als «Übergangsjahr» ein, bevor die Zeiten wieder härter werden.

6,85 Milliarden für Bauern

BERN. Der Bund stellt für die Bauern in den Jahren 2012 und 2013 6,85 Milliarden Franken zur Verfügung. Der Nationalrat hat gestern die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Bei dieser handelte es sich um 8 Millionen Franken, die auf eine Teuerungskorrektur zurückzuführen ist. Die Räte stockten die vom Bundesrat vorgesehenen Mittel um total 130 Millionen Franken auf.

Bald längerer Zivildienst?

BERN. Wer sich für den Zivildienst statt für die Rekrutenschule entscheidet, soll noch etwas länger Dienst leisten als bisher. Der Nationalrat hat gestern eine Motion angenommen, welche die Dauer des Zivildienstes im Vergleich zum Militärdienst vom Faktor 1,5 auf 1,8 erhöhen will. Der Entscheid fiel mit 101 zu 68 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Parlament solle die Regel allerdings erst dann anwenden, wenn es beim Militär Personalprobleme gäbe, sagte die Aargauer FDP-Nationalrätin und Motionärin Corina Eichenberger (FDP/AG).

SVP und Bern einigen sich

BERN. Die SVP wird ihre Wahlkündigung bereits am 10. September durchführen. Das haben SVP-Präsident Toni Brunner und der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause in Bern «per Handschlag besiegelt», wie Nause gestern auf Anfrage sagte. Damit geht eine wochenlange Kontroverse zu Ende. Die Volkspartei hatte bislang darauf beharrt, ihre Kundgebung am 8. Oktober durchzuführen. (sda)